

KOMMENTAR

Das deutsche Panikorchester: Die wehrhafte Demokratie ist in Wahrheit eine hyperventilierende Demokratie

Deutsche Politiker haben einen Hang zum Katastrophismus – das zeigt sich im Umgang mit dem Bauernprotest und einem angeblichen Geheimplan von Rechtsextremen. Aber ihre Warnungen haben sich abgenutzt.

Benedict Neff

851 Kommentare →

17.01.2024, 05.30 Uhr ⌚ 6 min



Hören



Merken



Drucken



Teilen



Zerstörung des deutschen Staates? Friedlicher Bauernprotest gegen die Kürzung der Kfz-Steuer subventionen in Berlin.

Fabrizio Bensch / Reuters

Alles begann damit, dass protestierende Bauern den deutschen Vizekanzler bedrohten, als dieser am Hafen von Schlüttsiel die Fähre verlassen wollte. Aus Sicherheitsgründen musste das Schiff mit Robert Habeck wieder abdrehen. Wenig später demonstrierten die Bauern in allen Teilen des Landes, um ihren Protest gegen die Kürzung der Kfz-Steuer subventionen zu zeigen.

allen Landesteilen, verlagert über eine Regierung, die ihnen kurzzeitig Subventionen entzogen hatte. Das Land startete im Gefühl des Ausnahmezustands in das neue Jahr. Aber von allem Anfang an wirkte die Aufregung übertrieben.



Habeck machte, was er am besten kann, er hielt eine Rede. Und diese schien unter starkem Eindruck seines Erlebnisses in Nordfriesland zu stehen. Es würden Aufrufe zu Umsturzphantasien kursieren, sagte der Minister. Extremistische Gruppen würden sich formieren, völkisch-nationalistische Symbole würden offen gezeigt. Habeck klang so, als stehe eine Revolution unmittelbar bevor. «Umsturzphantasien heißen nichts anderes, als unseren demokratischen Staat zerstören zu wollen», sagte er und schloss: «Wehren wir die Bedrohung ab. Haken wir uns unter. Seien wir solidarisch und in dem Sinne patriotisch. In diesen Wochen, und in den nächsten. In dieser Zeit.»

Der deutsche Landwirtschaftsminister, Cem Özdemir, schien ihm recht zu geben: «Das sind Leute, denen geht es nicht um die deutsche Landwirtschaft, die haben feuchte Träume von Umstürzen, und das wird es nicht geben.»

Der bekannte Warngestus

Unter dem Eindruck einer bedrohlichen Situation schafften es die beiden Minister – und einige andere Politiker –, einen legitimen, landesweiten Bauernprotest in die Nähe von Umsturz und Rechtsextremismus zu rücken. In der politisch-medialen Aufregung zeigte sich einmal mehr, dass die vielbeschworene «wehrhafte Demokratie» in Deutschland in Wahrheit eine hyperventilierende Demokratie ist. Die Statements zeugen aber nicht nur von der Unsicherheit dieser Politiker, sondern auch von ihrer Bequemlichkeit. Die inhaltliche Auseinandersetzung ersetzten sie durch einen allzu bekannten Warngestus.

«Haken wir uns unter», forderte Habeck die Bürger auf. Alle sollten zusammenstehen, um die Demokratie zu verteidigen gegen einen inneren Feind. Doch bizarrerweise waren auf den Strassen fast nur Bauern mit Traktoren und wenige radikale Trittbrettfahrer, wie sie fast jede Demonstration mit sich bringt. Die Warnung vor den Rechtsextremisten stand in keinem Verhältnis zu den realen deutschen Vorkommnissen. So melodramatisch die Rede von Habeck war, die deutsche Demokratie war in den vergangenen Tagen nicht einen

Moment in Gefahr.

Im Gegenteil, eine Organisation wie die Letzte Generation, deren Aktivisten sich auf Strassen klebten, hat der Polizei viel mehr Probleme bereitet. Ganz zu schweigen von den migrantischen Raketen-Randalierern, die es sich zum Silvesterritual gemacht haben, Beamte und andere Bürger anzugreifen. Die Bauern dagegen sind zwar unzufriedene, aber insgesamt friedliche Bittsteller. Auch dies zeigt, dass die rhetorische Wucht, mit der ihnen die Regierung begegnet, völlig unangebracht ist. Während Klimademonstranten mit Nachsicht und Verständnis rechnen dürfen, werden die Diesel-Bauern in Verruf gebracht.

Die Nazi-Keule funktioniert nicht mehr

Was soll aber dieser seltsame Hang zum Katastrophismus? Die politische Betroffenheit scheint ehrlich gemeint, ist keine zynische Inszenierung. Dennoch ist die Warnung weniger harmlos, als sie daherkommt. Sie ist auch ein Mittel, um politische Gegner auszuschalten und die Gesellschaft zu einem kollektiven Gegenprotest zu mobilisieren. Habecks besorgte Rede ist eine Form der Propaganda.

Ähnlich gestaltet sich auch die Bekämpfung der AfD. Die Partei wird vom Establishment als rechtsextrem deklariert, in manchen Bundesländern darf sie – mit dem Gütesiegel des Verfassungsschutzes – sogar als «gesichert rechtsextrem» bezeichnet werden. Wie die wachsende Popularität der AfD vor allem im Osten Deutschlands zeigt, verliert der Warngestus der etablierten Parteien aber zunehmend seine Wirkung. Die Nazi-Keule funktioniert nicht mehr. Bei Umfragen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen steht die AfD bei über 30 Prozent, in allen drei Bundesländern wird in diesem Jahr gewählt.

Der «Deportationsgipfel», ein Theater

Von einem Einsehen scheint die Regierung aber weit entfernt zu sein. Die Mobilisierung der wehrhaften Demokraten ist eher noch rabiater geworden, seit das Recherchenetzwerk Correctiv vor wenigen Tagen das Treffen von Migrationsverschwörern in Potsdam publik gemacht hat. Vertreter der AfD sinnierten mit Rechtsextremisten, Unternehmern und Politikern der Werteunion über die Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland. Ausschaffen möchten sie angeblich auch eingebürgerte Ausländer, die sich nicht assimiliert haben. Als Rädelführer trat offenbar der Österreicher Martin Sellner von der Identitären Bewegung auf.



Der Correctiv-Bericht unter dem Titel «Geheimplan gegen Deutschland» war im Stil eines Theaters abgefasst, mit Akten und Szenen. Vielleicht ist dies symptomatisch: Wenn die Geschichte ernst – und mit direkten politischen Konsequenzen verbunden – wäre, würde man sie nicht als Theaterstück erzählen.

Die Geschichte hatte gleichwohl den Effekt, das Gefühl einer kollektiven Gefährdung zu vertiefen und die Wachsamkeit der Bürger heraufzubeschwören. Der «Spiegel» schreibt von einem «Deportationsgipfel». Politiker und Journalisten warnen wie lange nicht mehr vor der AfD und vor der rechtsextremen Ideologie, die hinter dem Begriff «Remigration» stehe. Gleichzeitig wird aber auch vor der Verwendung des Begriffs «Remigration» gewarnt, da damit das Wort auch noch salonfähig gemacht werde. Der deutsche Bundeskanzler droht den Verschwörern mit dem Verfassungsschutz und ruft auf X zur Geschlossenheit auf: «Dass wir aus der Geschichte lernen, das ist kein blosses Lippenbekenntnis. Demokraten müssen zusammenstehen.» Am Wochenende demonstrierte er in Potsdam gemeinsam mit Aussenministerin Annalena Baerbock unter dem Motto «Potsdam wehrt sich».

«Gefährliche Nazipartei», das übliche Muster

Obschon die deutschen Politiker immer wieder geloben, die AfD inhaltlich stellen zu wollen, machten sie, was sie üblicherweise in solchen Situationen tun. Sie diffamierten die AfD kollektiv. Sie sei eine «gefährliche Nazipartei», sagte Hendrik Wüst, CDU-Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen. Die FDP-Politikerin Strack-Zimmermann wusste in Richtung AfD zu sagen: «Je grösser der Haufen Scheisse, umso mehr Fliegen sitzen drauf.»

Die Gruppe der selbstdeklarierten demokratischen Parteien hat im Umgang mit der AfD nichts gelernt. Selbst wenn sie recht hätte und die AfD die Wiedergängerin der Partei Adolf Hitlers wäre, müsste sie sich eingestehen, dass ihre Strategie zur Bekämpfung dieser Partei gescheitert ist.

In ihrer Verzweiflung scheinen viele Politiker nur noch eine Lösung zu sehen: aus der Ächtung der AfD ein Verbot zu machen. Im Sinne von: Wir haben gewarnt, die Bürger haben nicht gehört, also muss die Partei verschwinden. Erste Vorarbeiten hat der Verfassungsschutz geleistet, indem er die AfD in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt als «gesichert rechtsextrem» erklärt hat. Aber auch diese Deklaration macht auf viele Bürger keinen Eindruck mehr. Denn der Verfassungsschutz wird von einem Teil der Bevölkerung nicht mehr als unabhängige Institution gesehen, sondern als Teil einer überparteilichen Anti-AfD-Bewegung.

Die vereinigten Warner

All dies heisst nicht, dass die AfD ungefährlich ist. Während sich das Parteiprogramm insgesamt im erwartbaren Mainstream des europäischen Rechtspopulismus bewegt, zeigen etwas freiere Statements einzelner Exponenten, dass die Partei auch extreme Züge hat. Der Bundestagsabgeordnete René Springer wehrte sich etwa gegen den Eindruck, die Ideen des Potsdamer Treffens seien ein Geheimnis: «Wir werden Ausländer in ihre Heimat zurückführen. Millionenfach. Das ist kein Geheimplan. Das ist ein Versprechen.» Springer suggeriert, dass die AfD-Politik dereinst eins zu eins und völlig unverdünnt durchgesetzt werden soll. Demokratie funktioniert anders.

Am Ende sind sich die Grünen und die AfD aber ähnlicher, als sie denken. Die einen warnen vor der Zerstörung des Staates durch Rechtsextremisten, die anderen vor der Migrationskatastrophe. Im Zustand eines permanenten deutschen Warngestus ist man vereint.

Die etablierten Parteien können sich auf den Standpunkt stellen, dass die Gesellschaft eben immer weiter verrotet. Naheliegender ist aber der Gedanke, dass viele Leute die Warnungen nicht mehr ernst nehmen, weil sie allzu oft unverhältnismässig waren: wie jetzt bei den Bauern oder bei gemässigten AfD-Politikern – bereits aus dem AfD-Parteigründer Bernd Lucke hatte man einen finsternen Antidemokraten geframt. Vor allem aber gilt es anzuerkennen, dass hinter dem Aufstieg der AfD ein real existierendes politisches Problem steht. Die rechtspopulistische Partei ist ein «one-trick pony», ihr Thema ist die Migrationspolitik. Solange sich die deutsche Regierung einer pragmatischen und effektiven Asylpolitik verweigert, wird die AfD weiterwachsen. Allen Warnungen zum Trotz.



851 Kommentare

Martin Ahlemeyer vor 5 Tagen

214 Empfehlungen

Wenn Muslime durchs Ruhrgebiet marschieren und die Einführung der Scharia fordern oder die Scharia - Polizei in bestimmten Vierteln unserer Städte patrouilliert und jetzt sogar Schüler an einer Schule die Scharia fordern, bedroht das die Demokratie? Ist Scholz dagegen aufgestanden? Jetzt marschiert er gegen rechts. Wenn Greta Thunberg ein "Change of the System" fordert, welche Ängste trieb dort unsere Regierung um? Aber jetzt sollen die Bauern die Demokratie bedrohen?? Die Ängste bestimmter Teile der Öffentlichkeit liegen ganz woanders. Die Furcht ist, dass sich immer mehr den Bauern anschließen und der linke Kulturkampf verloren geht. Meine Ängste liegen auf jeden Fall nicht bei den Bauern.

F. K. vor 5 Tagen

178 Empfehlungen

Wahrheiten umdeuten, Angst schüren und mit verboten drohen, das sind die Stilmittel von Despoten und Autokraten. Die wahren Antidemokraten sind in der Regierung!

Alle Kommentare anzeigen